



DGB-Bezirk West DGB Rheinland-Pfalz

Kaiserstraße 26 - 30
55116 Mainz

Tel.: 06131/28 16-33
Mobil: 151 / 14267783
Fax: 06131/28 16 88

V.i.S.d.P.: Astrid Clauss
E-Mail: Astrid.Clauss@dgb.de
E-Mail: BeateMaria.Kirch@dgb.de

Mainz, 15.06.2011 cl/bmk
PM 45/2011

Besoldung Beamte

DGB begrüßt Übertragung von Tarifergebnis 2011 und fordert Übernahme für 2012

Es sei zu begrüßen, dass die Regierungskoalition zu Ihren Aussagen während des Wahlkampfes stehe und das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder auf die Beamtinnen und Beamte übertrage, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Auf der Tagesordnung des heutigen Landtagsplenums steht ein Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit dem das Anfang des Jahres erzielte Tarifergebnis auf die mehr als 60.000 Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen werden soll.

Muscheid: "Wir begrüßen die Übertragung des Ergebnisses für 2011, hiermit wird auch für Beamtinnen und Beamte ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Reallöhne gegangen. Wir fordern zusätzlich die Übertragung des ausgehandelten Ergebnisses auch für 2012. Ein Besoldungsdiktat, wie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben, lehnen wir ab."

Im Tarifbereich steigen die Einkommen ab 1.4.2011 um 1,5%. Gleichzeitig gibt es eine Einmalzahlung von 360 Euro. Zum 1.1.2012 werden die Tarifeinkommen um weitere 1,5% steigen. Dieser Teil soll nach dem Willen der Regierungskoalition nicht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Der DGB habe den Finanzminister schriftlich aufgefordert, Abschläge auf die seit 01. April zustehenden Gelder auszuzahlen, damit die Besoldungserhöhung möglichst schnell im Portemonnaie ankommt.

Muscheid: "Eine Vorgabe von 1% Besoldungserhöhung ab 2012 für die nächsten 5 Jahre wird von uns abgelehnt. Dies hat nichts mit Planungssicherheit zu tun, geschweige denn mit ‚Verhandeln statt Verordnen‘. 1%, das heißt bei einer Preissteigerungsrate von derzeit weit über 2%, Reallohnverlust. 1%, das heißt Abkoppelung vom Tarifbereich und keinen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. 1%, das heißt Eingriff in die

Tarifautonomie, denn für uns gilt: Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht und nicht umgekehrt."

